

DAS MANIFEST DER CHRISTLICHEN DEMOKRATEN EUROPAS

**Wir bekennen uns zur Würde und Freiheit
der menschlichen Person und zur Solidarität
zwischen den Menschen und Gemeinschaften.**

Einstimmig angenommen vom Politischen Bureau der
Europäischen Union Christlicher Demokraten am
21. Februar 1976 in Paris

Die Christliche Demokratie in Europa	26
Die Herausforderungen unserer Zeit	
Unsere Grundsätze	
Unser Engagement für die europäische Gesellschaft	27
<i>Für eine partizipatorische Demokratie</i>	
<i>Für eine höhere Qualität des Lebens</i>	
<i>Für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Dienst des Menschen</i>	
<i>Für die Entfaltung des Menschen durch Bildung</i>	
<i>Für eine Kulturpolitik als Beitrag zur Vermenschlichung der Gesellschaft</i>	
<i>Für ein integriertes Europa</i>	
Unser Engagement für die internationale Gemeinschaft	30
<i>Für die Entwicklung der Völker</i>	
<i>Für den Frieden in der Welt</i>	
Appell an die Bürger Europas	30

Die Christliche Demokratie in Europa

Wir christlichen Demokraten Europas wollen Gesellschaft, Staat und Völkergemeinschaft nach einem christlich begründeten Verständnis von der Würde des Menschen und aus dem Gedanken des Personalismus und der Partnerschaft erneuern und gestalten.

Als Volksparteien wenden wir uns an alle Männer und an alle Frauen, gleichgültig welcher wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Gruppe sie angehören. Nach unserem christlich-demokratischen Verständnis vom Menschen und von der Gesellschaft wollen wir die verschiedenen Gruppeninteressen miteinander in Einklang bringen, um Würde und Freiheit der menschlichen Person zu verwirklichen.

Der Mensch muß sich in persönlicher Verantwortung und durch eigene Leistung entfalten können. Er hat Anspruch auf Solidarität und ist verpflichtet, sie dem Mitmenschen entgegenzubringen.

Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle. So werden wir das Europa von morgen bauen und es in Frieden und Freiheit vereinigen.

Zur besseren Verwirklichung ihres gemeinsamen Zieles einer freien, demokratischen und sozialen Gesellschaft haben sich die christlich-demokratischen Parteien aus verschiedenen europäischen Ländern zur *Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD)* zusammengeschlossen.

Die Herausforderungen unserer Zeit

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte vermag die Menschheit einen erfolgreichen Kampf gegen Not, Unwissenheit und Krankheit zu führen. Es sind gewaltige Fortschritte in den Bereichen der Freiheit, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit sowie hinsichtlich der besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen erzielt worden. Dennoch führen die Errungenschaften unserer Zeit ihrerseits zu neuen Widersprüchen und zu neuen Ungleichheiten.

Die Früchte des Fortschritts verteilen sich in ungleicher Weise auf entwickelte und nicht-entwickelte Länder. Selbst in den entwickelten Ländern verstärkt sich die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen, ob es sich um zurückgebliebene oder zurückfallende Regionen oder um neue Formen der Benachteiligung (alte Menschen, ausländische Arbeitskräfte, Behinderte, Randgruppen usw.) handelt.

Neue Kommunikationsmittel und eine größere soziale Mobilität ermöglichen mehr Solidarität. Dennoch leben wir weiter in einer nichtintegrierten Welt. Der Wille zur Verständigung zwischen den Völkern und Kulturen wächst,

aber die ideologischen, rassistischen, religiösen und sozialen Konflikte bleiben bestehen. Das Bedürfnis nach Freiheit und Sicherheit sowie der Wille zur Selbstbestimmung der Völker verhindern nicht das Entstehen neuer totalitärer Systeme. Internationale Einrichtungen zur Erhaltung des Friedens wurden geschaffen, doch das Fehlen einer internationalen Friedensordnung wirkt sich immer deutlicher aus. Die Interessenkonflikte - Ursache vieler Kriege - setzen sich fort.

Der Mensch läuft Gefahr, mehr und mehr einem sozialen System unterworfen zu werden, in dem anonyme Kräfte an seiner Stelle entscheiden. Andere Formen der Machtkonzentration engen die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit des Menschen in der Gesellschaft ein und ziehen Unterdrückung und Zwang nach sich. Den Bürgern und der öffentlichen Gewalt fällt es immer schwerer, die ständig komplexer werdenden Probleme zu erfassen und zu lösen. Der einzelne gerät in Gefahr, sein eigenes Schicksal nicht mehr selbst gestalten zu können. Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt ist zwiespältig. Er gibt dem Menschen Hoffnung, bedroht aber auch seine geistige und materielle Existenz.

Die häufige Tendenz, Gewalt anzuwenden, drängt die Sorge für den Menschen und die konkreten Möglichkeiten seiner Befreiung in den Hintergrund. Anscheinend unmotivierte Gewalttaten sind ein Zeichen für das Entstehen neuer Konfliktursachen in der Gesellschaft. Selbst wo der Mensch materieller Sorge enthoben ist, droht ihm der Sinn des Lebens verlorenzugehen.

In einer Zeit, in der der wissenschaftliche und wirtschaftliche Fortschritt dem Willen des Menschen zu entgleiten scheint, stellt sich die zwingende und grundlegende Frage: Wie entwickeln wir ein eigenständiges Modell einer menschenwürdigen Kultur?

Unsere Grundsätze

Unser christlich-demokratisches Menschen- und Gesellschaftsbild fußt auf folgenden Grundsätzen:

- Wir wollen die Entfaltung des ganzen Menschen und der Menschheit in einer partnerschaftlichen und pluralistischen Gesellschaft erreichen.
- Wir wollen die grundlegenden Werte verwirklichen, die auf der Würde des Menschen beruhen: Freiheit, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und aktive Solidarität.
- Wir wollen dabei demokratische Methoden anwenden. Diese erfordern persönliche Verantwortung. Wir sind offen für Verschiedenheiten in der Auffassung und anerkennen das Bestehen von Konflikten.

Wir treten für ihre Überwindung im allgemeinen Interesse ein und fördern die Teilnahme des einzelnen an der Entscheidung aller Angelegenheiten, die ihn betreffen.

Wir lehnen jede Form des faschistischen oder kommunistischen Totalitarismus oder Autoritarismus ab. Nur in der aktiven Teilnahme am Leben der Gesellschaft, die dadurch zu einer echten Gemeinschaft wird, kann sich der Mensch voll entfalten. Wir wollen Institutionen schaffen, die auf wirksame und demokratische Weise die in der Gesellschaft bestehenden Spannungen überwinden.

Angesichts der Isolierung und Zwangslage vieler Menschen und Gruppen fordern wir den Abbau der Ungleichheiten und vorrangige Hilfe für die Schwachen und Benachteiligten.

Wir wollen eine partnerschaftliche Gesellschaft aufbauen: pluralistisch und daher frei, solidarisch und daher gerecht. Wir wollen die Menschenrechte erweitern. Das erfordert eine Wandlung der Gesinnung und der Strukturen. Wir wollen die geistige, kulturelle und schöpferische Entfaltung des Menschen stärker betonen. Wir lehnen eine materialistische Lebensauffassung ab.

Die Politik befaßt sich heute mit allen Bereichen des menschlichen Lebens. Sie darf aber den Menschen nicht einer totalen Ordnung unterwerfen. Die von uns angestrebte Ordnung wird zwar immer unvollkommen bleiben, gerade deshalb aber für den Fortschritt offen sein. Wir sind überzeugt, daß sie dem Glück des Menschen am besten dienen kann.

Unser Engagement für die europäische Gesellschaft

Für eine partizipatorische Demokratie

Wir, die Christlichen Demokraten Europas, kämpfen für eine dynamische Demokratie. Durch wachsende Teilnahme an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen soll der Mensch sein Leben selbst bestimmen können.

Die politischen Parteien tragen besondere Verantwortung für die Förderung der repräsentativen Demokratie und für die stärkere Beteiligung der Bürger an der demokratischen Ordnung. Sie müssen bei sich selbst beginnen und deshalb innerparteiliche Demokratie praktizieren. Damit sie ihre Aufgabe für das Gemeinwesen voll erfüllen können, soll ihre verfassungsmäßige Stellung rechtlich anerkannt, klar umschrieben und durch die Zuteilung öffentlicher Mittel gesichert werden.

Wir setzen uns für ein Wahlsystem ein, das die Vielfalt der politischen Richtungen achtet, aber auch die Bildung großer Parteien begünstigt und so stabile und handlungsfähige Regierungen gewährleistet.

Der politische Wille des Volkes bildet sich auch in den Verbänden, die den Pluralismus der Gesellschaft gewährleisten. Die wachsende Bedeutung der Verbände verpflichtet auch sie zu innerer Demokratie und Partizipation.

Die Vielfalt und Komplexität der modernen Gesellschaft führt zu immer größerer Macht der Regierung. Deshalb müssen die Kontrollrechte der Parlamente über die Regierung verstärkt werden. Dazu müssen die parlamentarischen Regeln erneuert und die Arbeitsmöglichkeiten verbessert werden. Nur so können die gesetzgeberischen und budgetären Aufgaben wirksam erfüllt werden. Die Möglichkeiten der Opposition zu wirksamer Kontrolle sind auszubauen.

Um die Teilnahme des Bürgers am politischen Leben zu verstärken, treten wir für geeignete Formen der Konsultation und der Initiative der Staatsbürger ein.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Kommunalpolitik, die den Bürgern am nächsten ist. Wir bemühen uns deshalb um eine Reform der kommunalen Entscheidungsprozesse, die mehr direkte und persönliche Teilnahme ermöglichen soll. Wir begrüßen den Dialog zwischen den Politikern und spontan gebildeten Gruppen von Bürgern, die sie unmittelbar betreffende Anliegen vertreten.

Wir befürworten eine Aufteilung der öffentlichen Gewalt und daher eine mit dem Erfordernis der Effizienz in Einklang stehende Dezentralisierung der politischen Entscheidungsgewalt auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Die örtlichen Verwaltungen sollen demokratisch gewählt werden.

Schließlich wollen wir die Freiheit, die Vielfalt und die Lebensfähigkeit der Massenmedien garantieren, ebenso wie den Zugang aller Bürger zur Information.

Wir sind überzeugt, daß die ordentliche öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen eine wesentliche Voraussetzung für ein wirksames und durchsichtiges Funktionieren der demokratischen Systeme ist.

Für eine höhere Qualität des Lebens

Die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, an der die Christliche Demokratie maßgeblichen Anteil hatte, brachte der Mehrheit der europäischen Bevölkerung bisher unbekanntes Wohlstand und soziale Sicherheit. Dennoch gibt es immer noch schwach entwickelte Regionen und sozial benachteiligte Gruppen.

Politik muß bei der Förderung des Wachstums nicht nur nach quantitativen, sondern auch nach selektiven Gesichtspunkten vorgehen. Ihr Hauptziel liegt heute vor allem in der Verbesserung der Lebensqualität, die sich das geistige und materielle Wohl des Menschen

gleichermaßen zur Aufgabe macht.

Die Würde des Menschen erfordert es, daß jeder jene Art von Arbeit findet, die seinen Fähigkeiten entspricht. Die Ausbeutung des Arbeiters, Stress und Monotonie der Arbeit in manchen Bereichen der Arbeitswelt machen außerordentliche Bemühungen notwendig, den Arbeitsplatz des Menschen, den Arbeitsablauf, kurz die gesamten Arbeitsbedingungen menschlicher zu gestalten.

Der in beschleunigtem Rhythmus verlaufende Industrialisierungsprozeß erfordert eine Politik ausgeglichener Entwicklung des individuellen Verbrauchs und der kollektiven Versorgung, des ländlichen Raumes und der Ballungsgebiete. Wir wollen insbesondere darauf achten, daß eine ungeordnete Urbanisierung keine schädlichen Auswirkungen auf das Leben des Menschen hat.

Der Schutz der Umwelt, besonders die Bewahrung und Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts muß auf allen innerstaatlichen Ebenen sowie in der europäischen und internationalen Politik Priorität erhalten.

Für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Dienst des Menschen

Für uns, die Christlichen Demokraten Europas, bilden Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Einheit. Das Wirtschaftswachstum muß die Güter und Dienstleistungen erbringen, die für das materielle und geistige Wohl aller Bevölkerungsschichten Voraussetzung sind. Die Wirtschaft hat ein soziales Ziel: zur Entfaltung der Würde des Menschen beizutragen.

Der Staat muß die Leitlinien für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung setzen. Die Politik muß die freie Marktwirtschaft mit den Interessen der Gesellschaft und den sozialen Grundrechten in Einklang bringen. Um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit voll zu verwirklichen, muß die wirtschaftliche Freiheit eng mit Solidarität verbunden werden.

Unser langfristiges Ziel ist der Aufbau einer Wirtschafts- und Sozialordnung, in der die Entscheidungsrechte und das Eigentum gerecht verteilt sind. Nur auf diese Weise können ungerechte Ungleichheiten schrittweise beseitigt und Konflikte überwunden werden.

Wir wollen eine wachsende Beteiligung aller an der Vorbereitung und Durchführung der sie betreffenden Entscheidungen in allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

In den Unternehmen sind geeignete Formen der Teilnahme einzuführen, so daß Eigentümer, Arbeitnehmer und Unternehmensführung das gemeinsame Werk partnerschaftlich tragen. Den Berufsorganisationen kommt dabei erhöhte Verantwortung zu.

Um unsere Ziele zu erreichen, befürworten wir eine Wirtschaftspolitik, die das wirtschaftliche Wachstum auf die Bedürfnisse des Menschen hinlenkt. Wir verwerfen wirtschaftliche Machtkonzentrationen und Monopole, die sich der staatlichen Autorität entziehen und den Wettbewerb ausschalten.

Die zunehmende wirtschaftliche Konzentration führt zur Entstehung multinationaler Unternehmen, insbesondere in Form finanzieller Holding-Gesellschaften, die ein Ausmaß von Macht auf sich vereinigen können, das selbst Regierungen an der Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu hindern imstande ist. Eine wirksame Kontrolle dieser Unternehmen ist nur möglich, wenn die politische Integration mindestens ebenso große Fortschritte macht wie der Integrationsprozeß der Wirtschaft.

Die zunehmende Zahl der sozialen und wirtschaftlichen Probleme macht die Ausarbeitung langfristiger politischer Zielsetzungen auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene notwendig. Deshalb sprechen wir uns für die Entwicklung neuer Formen demokratischer Planung aus, um die Entwicklung wirksam und in Freiheit zu steuern.

Wir richten unsere besondere Aufmerksamkeit auf die Probleme der kleinen und mittleren Betriebe in den Bereichen von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, denen eine tragende Rolle im Wirtschaftssystem der demokratischen Staaten zukommt.

Um die Entfremdung des Menschen aufzuheben, reicht es nicht aus, mit Hilfe des wirtschaftlichen Fortschritts die Armut zu bekämpfen: um mehr Freiheit zu verwirklichen, müssen wir die Lebens- und Arbeitsbedingungen menschlicher gestalten. Wir treten für ein Produktionssystem ein, in dem die Arbeit für den Arbeiter an Sinn und Bedeutung gewinnt.

Wir wollen die soziale Sicherheit fortentwickeln, damit für jeden die Sicherheit seiner Existenz gewährleistet ist.

Wir setzen uns für eine dynamische Familienpolitik ein, um es den Familien auch in Zukunft zu ermöglichen, wichtigster Ort des Schutzes und der Entfaltung für Mann, Frau und Kinder zu sein. Dazu gehört die gleichmäßige Verantwortung von Mann und Frau für die Familie, die Vermeidung von wirtschaftlichen oder sozialen Nachteilen für die Familie und ein familiengerechter Wohnungsbau.

Für die Verwirklichung einer personalistischen und demokratischen Gesellschaft halten wir es für unerlässlich, daß die Frauen in voller Gleichberechtigung am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben aktiv teilnehmen. Deshalb wollen wir alle rechtlichen und tatsächlichen Diskriminierungen beseitigen, die

diesem Ziel entgegenstehen. Wir wollen vor allem die konkreten Voraussetzungen schaffen, die es der Frau ermöglichen, in Freiheit ihre Persönlichkeit und ihre Berufung in Familie, Berufsleben und Gesellschaft zu verwirklichen.

Die Jugend leistet einen eigenständigen Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft. Sie vertritt neue Ideen und Modelle. Die jungen Menschen müssen ihre Persönlichkeit in Verantwortung und im Geiste des Dialogs entwickeln können. Wir wollen ihnen die Gleichheit der Chancen und Ausbildungswege eröffnen und gerechte Bedingungen für ihren Zugang zum Berufsleben und ihren beruflichen Aufstieg schaffen.

Die steigende Lebenserwartung erfordert neue Bemühungen um die älteren Menschen. Es ist zu wenig, ihnen einen Lebensabend ohne materielle Sorgen zu sichern. Sie dürfen aus dem aktiven Berufsleben nicht plötzlich ausgeschaltet und nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Wir wollen eine Regionalpolitik machen, die es den Arbeitnehmern ermöglicht, in ihrer Heimat Arbeit zu finden.

Wir verpflichten uns, alle Formen der Ausbeutung, denen Arbeitskräfte aus schwachentwickelten Ländern und Regionen ausgesetzt sind, zu beseitigen, insbesondere die Ausbeutung ihrer Wohnungsnot und ihres Beschäftigungsrisikos.

Für die Entfaltung des Menschen durch Bildung

Wir, die Christlichen Demokraten Europas, wollen ein Unterrichts- und Bildungssystem schaffen, das im jungen Staatsbürger die für die Bewältigung des modernen Lebens erforderliche Reife schafft. Wir wollen der Jugend die staatsbürgerliche Bildung und berufliche Ausbildung ermöglichen, auf die sie Anspruch hat.

Alle schulischen Bildungsgänge müssen jedem Kind, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, zugänglich sein und dabei den unterschiedlichen Begabungen Rechnung tragen. Diese Chancengleichheit erfordert eine aktivere Politik für die benachteiligten Bevölkerungsschichten.

Die öffentliche Hand muß das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schule respektieren und finanziell garantieren.

Die Eltern sollen in schulischen Belangen mitberaten und mitentscheiden.

Die Schüler haben Anspruch auf angemessene Vertretung in den Entscheidungsorganen der Schulen. Ihre umfassende Mitwirkung im schulischen Bereich bereitet sie vor auf die künftige Teilnahme am demokratischen Leben.

Ein System ständiger Weiterbildung soll es allen Menschen ermöglichen, am kulturellen Leben Anteil zu nehmen und sich im Beruf zu bewähren.

Die Hochschulen stehen im Dienst der Gesellschaft. Sie haben die Aufgabe, durch freies Lehren, Lernen und Forschen wirkungsvoll auf den Beruf vorzubereiten und persönliche Bildung zu vermitteln. Zu diesem Zweck müssen alle am Wissenschaftsprozess Beteiligten zusammenwirken. Neue Formen der Autonomie sollen die Hochschulen befähigen, die auf sie zukommenden Aufgaben zu bewältigen.

Für eine Kulturpolitik als Beitrag zur Vermenschlichung der Gesellschaft

Ein wesentliches Ziel von Kunst und Kultur ist es, die Welt schöpferisch, ästhetisch und kritisch zu deuten. Wir, die Christlichen Demokraten Europas, sehen in den Vertretern des künstlerischen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens wichtige Partner beim Aufbau einer humanen Gesellschaft.

Wir wollen die kulturellen Werte der Vergangenheit bewahren und sie weiter entwickeln und der zeitgenössischen Kunst größere Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Das erfordert auch finanzielle Hilfen. Wir wollen deshalb dazu beitragen, daß die öffentliche Meinung dem kulturellen Schaffen gegenüber aufgeschlossener wird als bisher. Im besonderen wollen wir die nationalen Kulturen einander öffnen und dadurch die europäische Kultur weiterentwickeln.

Wir Christlichen Demokraten sehen in der Erneuerung der Kulturpolitik eine der besten Möglichkeiten, dem Konformitätsdruck der Gesellschaft und der Betonung des rein materiellen Denkens entgegenzuwirken.

Für ein integriertes Europa

Wir, die Christlichen Demokraten Europas, kämpfen entschlossen für die Einigung unseres Erdteils. Wir glauben an die Notwendigkeit, daß Europa zu neuer Eigenständigkeit und zu einer neuen Rolle in der Welt findet. Unser Ziel ist die Verwirklichung einer demokratischen, supranationalen Politischen Union. Wir wollen deshalb eine europäische Regierung, die gegenüber den nationalen Regierungen eigenständige Machtbefugnisse besitzt und die einem Europäischen Parlament verantwortlich ist. Dieses muß aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehen und unmittelbar über die europäischen Gesetze beschließen.

Auch die Wirtschafts- und Sozialpartner müssen im internationalen Bereich zusammenarbeiten und so zum Aufbau einer europäischen Gesellschaft beitragen

Eine wirksame europäische Regionalpolitik soll die strukturell benachteiligten Gebiete be-

sonders fördern. Dies verlangt eine enge Kooperation der Regionen untereinander und ein direktes Zusammenwirken der europäischen Organe mit den Regionen.

Angesichts der Staaten, die aus Neutralitätspolitischen oder anderen Gründen nicht - oder noch nicht - der Europäischen Gemeinschaft angehören, treten wir für die Aufwertung des Europarats und die Erweiterung seiner Aufgaben ein.

Wir erklären unsere volle und aktive Solidarität mit allen Demokraten und insbesondere mit den Christlichen Demokraten, die sich in mehreren Ländern Europas bemühen, jene politischen Veränderungen durchzusetzen, die zu einer pluralistischen Demokratie führen und die Teilnahme dieser Länder an der europäischen Integration ermöglichen sollen.

Die Christlichen Demokraten der Mitgliedsstaaten des Atlantischen Bündnisses setzen sich für die Aufrechterhaltung und Stärkung der atlantischen Allianz ein. Im Rahmen der NATO streben sie eine wirksamere Organisation des europäischen Verteidigungsbeitrages an, um die Sicherheit ihrer Länder besser zu gewährleisten. In gleicher Weise wollen wir im Geist des Friedens und der Offenheit den Dialog zwischen West- und Osteuropa führen und die Bande zwischen Europa und den Ländern des Mittelmeerraumes festigen.

Unser Engagement für die internationale Gemeinschaft

Für die Entwicklung der Völker

Der Entwicklungsstand in der Welt lastet schwer auf dem Gewissen der reichen Länder. Ohne weltweite soziale Gerechtigkeit kann es keine internationale Friedensordnung geben.

Wir fordern, daß die Menschenrechte von allen Staaten geachtet werden, wie sie in der Deklaration der Vereinten Nationen und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte zum Ausdruck kommen. Wir erinnern insbesondere an die Lage der mittel- und osteuropäischen Länder, in denen die Völker noch immer ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt sind und die Grundrechte nicht geachtet werden.

Die Industrienationen und die an Rohstoffen und Energie reichen Länder sind verantwortlich für die Errichtung eines Systems der ständigen, loyalen und wirksamen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Die Achtung der vielfältigen ethnisch-kulturellen Werte ist Voraussetzung für gute internationale Beziehungen. Europa und die Industriestaaten insgesamt dürfen ihre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht anderen Ländern aufdrängen.

Jeder reiche Staat soll unverzüglich einen nennenswerten Prozentsatz seines Bruttonationalprodukts für die Entwicklungshilfe bereitstellen und zwar hauptsächlich aus öffentlichen Mitteln. Die öffentliche und nicht-öffentliche Entwicklungshilfe muß mit der Entwicklungsplanung der Empfängerländer abgestimmt werden. Die reichen Länder sollen Wirtschafts- und Handelsabkommen schließen, die den Entwicklungsländern eine autonome Entwicklung sichern.

Wir wollen vor allem Projekte unterstützen, die der Bildung und Berufsausbildung der Jugend in den Entwicklungsländern dienen.

Für den Frieden in der Welt

Unsere Vorschläge zur Lösung der internationalen Probleme gründen sich auf das Prinzip der Achtung vor der Würde des Menschen, der Respektierung der Gemeinschaften, Rassen und Religionen. Oberstes Ziel unserer internationalen Arbeit ist der Aufbau des Friedens. Der Friede ist ein zutiefst christliches Anliegen. Dies gilt ebenso für die Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere für die politischen Freiheitsrechte und die staatsbürgerlichen Pflichten.

Wir wollen daher die Anstrengungen aller unserer Parteien für die Errichtung einer internationalen Friedensordnung im Dienste des universellen Gemeinwohls zusammenfassen. Wir treten für eine Weltwirtschaftsordnung ein, die auf einer stabilen Währungsordnung beruht, die eine stetige und schnellere wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer ermöglicht sowie zu einer besseren Arbeitsteilung zwischen ihnen und den Industrieländern führt. Wir setzen uns für eine bessere Organisation der internationalen Institutionen, insbesondere der Vereinten Nationen, ein und wollen diese instandsetzen, ihre Aufgaben mit Autorität und Effizienz zu erfüllen.

Wir wollen uns unter Aufrechterhaltung der eigenen Sicherheit einsetzen für allseitige Abrüstung. Wir sind bereit, unsere Länder solchen Abkommen zu unterwerfen. Als Christdemokraten wollen wir unsere Kräfte in der ganzen Welt vereinigen zum Schutz des Menschen und für die friedliche Lösung aller Konflikte.

Appell an die Bürger Europas

Wir Christlichen Demokraten rufen Euch, die Bürger Europas, auf, gemeinsam mit uns den Gefahren unserer Zeit entgegenzutreten und ihre neuen Chancen zu nützen.

Wir werden eine Politik des Fortschritts und der Reform im Dienst aller Menschen machen. Wir sind bereit, bei der Verwirklichung dieses Zieles mit anderen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten.

Die Einigung Europas wird durch überholte Nationalismen behindert. Wir sind entschlossen, die nationalstaatlichen Grenzen zu überwinden.

Wir werden den großen Werten Europas treu bleiben und seine Fehler beseitigen.

Wir bekennen uns zur Würde und Freiheit der menschlichen Person und zur Solidarität zwischen den Menschen und Gemeinschaften.

So werden wir ein gerechtes, freies, friedliches und glückliches Europa bauen.

DAS POLITISCHE MANIFEST CHRISTLICH DEMOKRATISCHE WELTUNION / CHRISTLICH DEMOKRATISCHE INTERNATIONALE

Die Zukunft der Menschen und der Völker steht auf dem Spiel. Angesichts dieser Herausforderung kann der Mensch sich nicht der Notwendigkeit entziehen, seine Wahl zu treffen. Wir Christlichen Demokraten haben unsere Wahl getroffen. Wir sind überzeugt, daß unsere grundlegende Konzeption und unsere Wegweisung eine Alternative bieten, den Boden bereiten und Perspektiven öffnen für eine Welt mit mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität und mehr Menschlichkeit.

Entnommen vom Politischen Programm der CDW/ICD an
15. Juli 1977 - Bonn